

Impressum

Statistik Kommunal 2010

Artikel-Nr. 8035 10001

Herausgeber und Vertrieb
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Preis
7,00 Euro zuzüglich Versandkosten

Fotonachweis
Mit freundlicher Genehmigung:
Westermann Schulbuchverlag GmbH,
Braunschweig

© Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010

Vervielfältigung und Verbreitung, auch
auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



2010

Statistik Kommunal

Waibstadt

Entwicklung und Realisierung

■ **Projektleitung:** Cornelia Schwarck ■ **Datenaufbereitung und Programmierung:** Martin Winter ■ **Redaktion:** Regina Koch-Richter ■ **Technik/DTP:** Claudia Hierath, Wolfgang Krentz ■ Und mit inhaltlicher Unterstützung der Fachreferate!

Einführung und Inhalt

Zum vierten Mal erscheint die themenübergreifende Publikation „Statistik Kommunal“ für die 1 102 Gemeinden Baden-Württembergs. Gemeinderelevante Daten werden in knapper und übersichtlicher Form dargestellt. 15 Tabellen und 10 Schaubilder bieten wichtige statistische Informationen für jede einzelne Gemeinde Baden-Württembergs. Kurze, allgemein verständliche Texte zu den 10 Kapiteln – mit Landeswerten zum Vergleich – runden die Publikation ab.

Das Spektrum der Themen reicht von „Bevölkerung“ über „Wahlen“, „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“ sowie „Verkehr“ bis hin zu „Gemeindefinanzen“. Die Kenngrößen werden zum jeweils aktuellen verfügbaren Stand dargestellt. Die zeitliche Entwicklung ist aus dem kurzfristigen Vergleich (zum Vorjahr) und langfristig abzulesen. Gelegentliche Ausnahmen von dem Prinzip des kurz- und langfristigen Vergleichs sind zum Beispiel durch Statistiken bedingt, in denen zwischen den einzelnen Erhebungszeitpunkten längere Zeiträume liegen.

Für „Statistik Kommunal“ wurden Daten aus der Struktur- und Regionaldatenbank des beim Statistischen Landesamt geführten Landesinformationssystems Baden-Württembergs verwendet. Bei einzelnen Gemeinden kann es vorkommen, dass einige Ergebnisse der statistischen Geheimhaltung unterliegen und nicht ausgewiesen werden können. Die Veröffentlichung ermöglicht dem Leser dennoch, sich umfassend über seine Gemeinde zu informieren und diese im Vergleich einzuordnen. Weitere Gemeindedaten entnehmen Sie bitte unserem Internetangebot: www.statistik-bw.de und ebenfalls dem darin enthaltenen „Demografie-Spiegel“.

Gemeindedaten im Überblick	4
Zeichenerklärung	6
Fläche	7
Bevölkerung	8
Wahlen	10
Wohnen	11
Bildung	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	13
Landwirtschaft	14
Gemeindefinanzen und Personal	15
Wasserwirtschaft	16
Verkehr	17
Fußnoten	18
Erläuterungen und Definitionen	19

Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
Fläche		
Fläche insgesamt 2009	ha	2 557
Bevölkerung		
Bevölkerung Ende 2009	Anzahl	5 697
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2009	Anzahl	- 3
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2009	Anzahl	- 10
Bevölkerungszu-/abnahme 2009	Anzahl	- 13
Wohnen		
Wohngebäude 2009	Anzahl	1 552
Wohnungen 2009 ¹⁾	Anzahl	2 335
Bildung²⁾		
Schüler an allgemeinbildenden Schulen insgesamt 2009/2010	Anzahl	943
Schüler an Grund- und Hauptschulen 2009/2010	Anzahl	309
Schüler an Realschulen 2009/2010	Anzahl	634
Schüler an Gymnasien 2009/2010	Anzahl	-
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2009/2010	Anzahl	.
Beschäftigte und Arbeitsmarkt³⁾		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2009	Anzahl	1 530
Pendlersaldo 2009	Anzahl	- 365
Arbeitslose insgesamt 2009	Anzahl	146
Arbeitslose Frauen 2009	Anzahl	77
Landwirtschaft		
Landwirtschaftliche Betriebe 2007	Anzahl	22
Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2007	ha	1 097
Tourismus		
Beherbergungsstätten ab 9 Betten 2009	Anzahl	1
Schlafgelegenheiten insgesamt 2009	Anzahl	.
Ankünfte insgesamt 2009	Anzahl	.
Übernachtungen von Gästen insgesamt 2009	Anzahl	.
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2009	Anzahl	.
Gemeindefinanzen		
Steuerkraftmesszahl 2009	1 000 EUR	4 315
Steuerkraftsumme 2009	1 000 EUR	4 558
Schuldenstand 2009	1 000 EUR	11 164
Gewerbesteuerhebesatz 2009	%	340
Verkehr		
Kraftfahrzeugbestand 2009	Anzahl	3 868
Straßenverkehrsunfälle 2009 ⁴⁾	Anzahl	27
Verunglückte Personen 2009	Anzahl	24

... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Landkreis	Land
Fläche				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2009	%	15	19	14
Waldfläche 2009	%	30	36	38
Landwirtschaftsfläche 2009	%	54	43	46
Bevölkerung				
Ausländeranteil 2009	%	10	10	12
Durchschnittsalter 2009	Jahre	42,4	43,2	42,5
Bevölkerungsdichte 2009	Einw/km ²	223	505	301
Bundestagswahl 2009				
Wahlbeteiligung	%	72,3	75,0	72,4
Zweitstimmenanteil der Parteien:				
CDU	%	39,5	34,0	34,4
SPD	%	17,5	21,8	19,3
FDP	%	19,7	18,6	18,8
GRÜNE	%	9,7	12,2	13,9
DIE LINKE	%	7,5	7,7	7,2
Wohnen				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2009	%	65	57	58
Wohnfläche je Einwohner 2009	m ²	43	45	43
Bildung²⁾				
Übergänge auf Hauptschulen 2009/2010	%	.	20	25
Übergänge auf Realschulen 2009/2010	%	.	30	34
Übergänge auf Gymnasien 2009/2010	%	.	48	40
Beschäftigte und Arbeitsmarkt³⁾				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2009	%	48	33	39
Beschäftigte im Handel, Gastgewerbe und Verkehr 2009	%	16	22	21
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2009	%	35	44	41
Tourismus				
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2009	%	12	24	33
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2009	Tage	1,4	1,9	2,6
Gemeindefinanzen				
Steuerkraftmesszahl je Einwohner 2009	EUR	758	938	857
Schuldenstand je Einwohner 2009	EUR	1 959	866	883
Wasserwirtschaft				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2007	Liter/Tag	129	120	116
Gesamtpreis für Trink- und Abwasser 2010	EUR/m ³	3,60	4,04	4,16
Verkehr				
Pkw je 1 000 Einwohner 2009	Anzahl	553	559	527

Abkürzungen

- AK-E – Arbeitskraft-Einheiten
Einw. – Einwohner
EUR – Euro
ha – Hektar
m³ – Kubikmeter
LF – Landwirtschaftlich genutzte Fläche
Mill. – Millionen
Mrd. – Milliarden
VZÄ – Vollzeitäquivalente

Zeichenerklärung

- 0 In Schaubildern: Zahlenwert genau null
0 In Tabellen: Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
– Nichts vorhanden (genau null)
. Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
X Nachweis nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen

Fläche

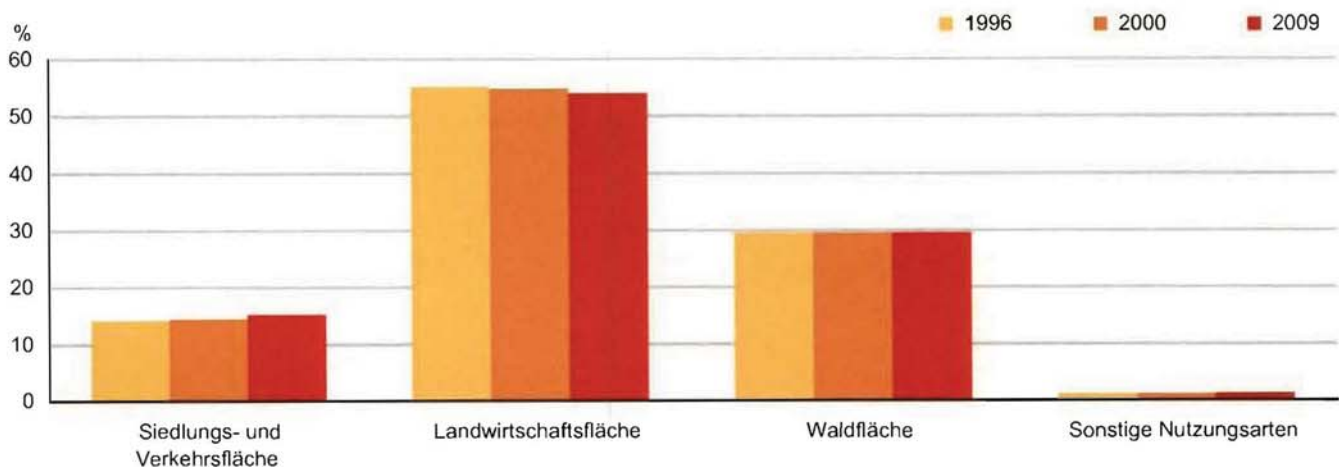
Die Landesfläche von Baden-Württemberg umfasst aktuell 35 751 km². Drei Besonderheiten hat der Südweststaat: mit Büsingen am Hochrhein (Landkreis Konstanz), die einzige Gemeinde Deutschlands, die eine Exklave und gänzlich von der Schweiz umgeben ist. Der Gutsbezirk Münsingen, gemeindefrei und bewohntes Gebiet im Landkreis Reutlingen, über dessen Auflösung und Eingliederung in die umliegenden Gemeinden derzeit verhandelt wird. Die dritte Besonderheit ist der Grundbesitz Rheinau, der gemeindefrei und unbewohnt im Ortenaukreis mit einer Größe von 10 km² liegt. Das Gebiet ist in der anfangs angegebenen Gebietsgröße des Landes berücksichtigt.

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der gesamten Bodenfläche in Baden-Württemberg beträgt mit gut 503 000 ha rund 14 %. Die tägliche Flächeninanspruchnahme für Baumaßnahmen in den Bereichen Wohnen, Gewerbe, Industrie und Straßen erreichte im Jahr 2009 den Umfang von 7,0 ha und ist damit gegenüber den Vorjahren weiter zurückgegangen. Die Gebäude- und Freiflächen nehmen dabei mit 54 % den größten Anteil an der Siedlungs- und Verkehrsfläche des Landes ein. Unter den Gemeinden schwanken die einzelnen Arten der Flächennutzung erheblich: so hat Bad Rippoldsau-Schapbach im Landkreis Freudenstadt mit 91 % den höchsten Anteil an Waldfläche, Kornwestheim im Landkreis Ludwigsburg mit 61 % den höchsten Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Bodenfläche.

Siedlungs- und Verkehrsfläche in der Gemeinde

Nutzungsart	Gemeinde				Im Vergleich zum Land	
	2000		2009		2009	
	ha	%	ha	%	ha	%
Fläche insgesamt	2 557	100,0	2 557	100,0	3 575 145	100,0
Siedlungs- und Verkehrsfläche	369	14,4	388	15,2	502 954	14,1
darunter						
Gebäude- und Freifläche	184	7,2	202	7,9	269 953	7,6
Betriebsfläche ohne Abbauland	1	–	1	–	4 345	0,1
Verkehrsfläche	173	6,8	174	6,8	195 096	5,5
Erholungsfläche	7	0,3	8	0,3	30 068	0,8
Friedhofsfläche	4	0,2	4	0,2	3 493	0,1

Flächennutzung in der Gemeinde



Bevölkerung

Die Entwicklung der Einwohner und insbesondere deren Struktur haben maßgeblichen Einfluss auf die Kommunen, unter anderem bei der Planung von Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen oder der Ausweisung von Bauland. Die Zahl der Baden-Württemberger stieg in den Jahren nach der Wiedervereinigung bis zum Jahr 2007 weiter bis auf 10,75 Mill. an. Die letzten zwei Jahre kam es jedoch erstmals wieder zu einem Rückgang der Einwohnerzahl auf einen Stand von 10,74 Mill. Einwohner Ende 2009. Da seit 2006 auch im Südwesten mehr Menschen sterben als geboren werden, reichen die Zuwanderungen nicht mehr aus, um dieses Defizit auszugleichen. Nur gut ein Drittel der 1 102 Gemeinden des Landes verzeichnete 2009 gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs der Einwohner, davon allerdings keine Kommune mehr als 5 %.

Die Baden-Württemberger waren Ende des Jahres 2009 durchschnittlich 42,5 Jahre alt. Zehn Jahre zuvor waren sie mit 40,0 Jahren noch 2,5 Jahre jünger. Die jüngste Bevölkerung im Land lebte 2009 in Wörnersberg im Landkreis Freudenstadt mit durchschnittlich 35,5 Jahren. Die im Landesvergleich älteste Kommune ist – nicht zuletzt aufgrund des dortigen Frauenklosters – Untermarchtal, gelegen im Alb-Donau-Kreis mit 49,9 Jahren. Neben den regionalen Besonderheiten beeinflussen die Geburtenhäufigkeiten und die Zu- oder Fortzüge junger Familien mit kleinen Kindern das Altern einer Kommune.

Bevölkerungsentwicklung seit 1871*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
		%					%		
Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl	
1871	2 563	48	52	100	1990	5 268	49	51	206
1890	2 654	47	53	104	1994	5 507	50	50	215
1900	2 546	48	52	100	1998	5 629	49	51	220
1910	2 554	49	51	100	2002	5 689	49	51	222
1925	2 558	49	51	100	2003	5 725	49	51	224
1933	2 586	49	51	101	2004	5 749	49	51	225
1939	2 402	48	52	94	2005	5 736	49	51	224
1950	4 002	47	53	157	2006	5 691	49	51	223
1961	3 899	46	54	153	2007	5 659	49	51	221
1970	4 696	48	52	184	2008	5 711	49	51	223
1987	4 970	49	51	194	2009	5 697	49	51	223

Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung						Wanderungen				Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (-)					
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)				Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		insgesamt	je 1 000 Einwohner				
			insgesamt		je 1 000 Einwohner				insgesamt	je 1 000 Einwohner						
			Anzahl		Anzahl											
2001	54	61	-	7	-	1	381	308	+	73	+	13	+	66	+	12
2002	48	52	-	4	-	1	314	372	-	58	-	10	-	62	-	11
2003	53	58	-	5	-	1	371	329	+	42	+	7	+	37	+	6
2004	48	55	-	7	-	1	333	301	+	32	+	6	+	25	+	4
2005	42	65	-	23	-	4	361	351	+	10	+	2	-	13	-	2
2006	45	55	-	10	-	2	282	317	-	35	-	6	-	45	-	8
2007	36	55	-	19	-	3	315	328	-	13	-	2	-	32	-	6
2008	41	56	-	15	-	3	364	297	+	67	+	12	+	52	+	9
2009	48	51	-	3	-	1	320	330	-	10	-	2	-	13	-	2

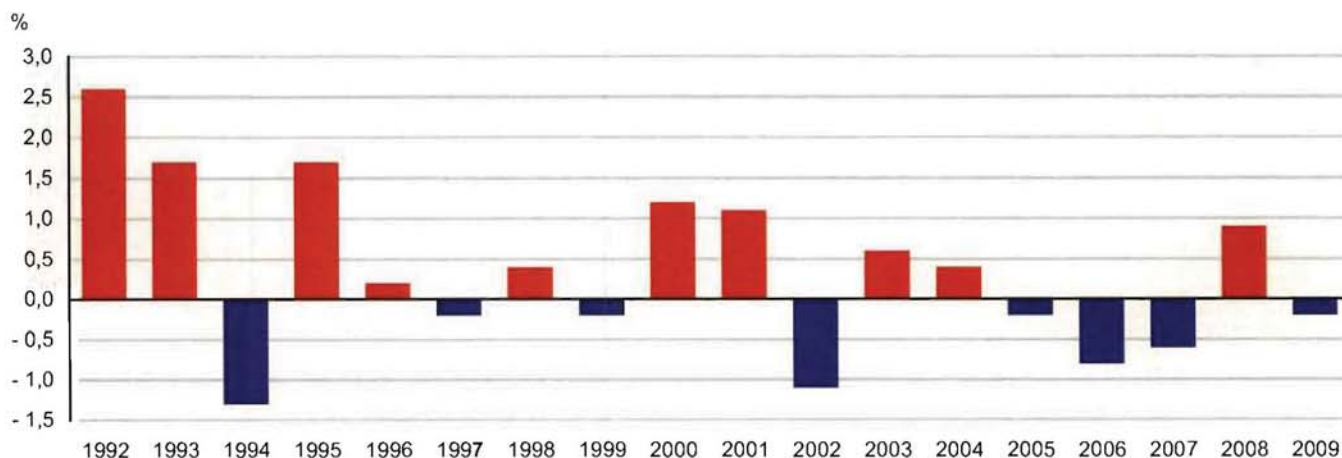
Bevölkerungsstruktur 2009

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	130	2	61	2	69	2	3	3	2	
3 – 6	136	2	70	2	66	2	3	3	3	
6 – 15	535	9	251	9	284	10	9	10	9	
15 – 18	252	4	138	5	114	4	3	3	3	
18 – 25	518	9	276	10	242	8	8	9	8	
25 – 40	954	17	479	17	475	16	19	19	18	
40 – 65	2 084	37	1 063	38	1 021	35	36	37	35	
65 – 75	636	11	302	11	334	12	11	11	11	
75 und mehr	452	8	165	6	287	10	9	7	10	
Insgesamt	5 697	100	2 805	100	2 892	100	100	100	100	
Durchschnittsalter in Jahren										
	42,4		41,3		43,4		42,5	41,3	43,7	

Bevölkerungsstruktur 1999

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	180	3	81	3	99	3	3	3	3	
3 – 6	194	3	101	4	93	3	3	3	3	
6 – 15	668	12	345	13	323	11	10	11	10	
15 – 18	213	4	105	4	108	4	3	3	3	
18 – 25	398	7	211	8	187	6	8	8	8	
25 – 40	1 255	22	619	23	636	22	24	25	23	
40 – 65	1 847	33	937	34	910	31	32	33	32	
65 – 75	505	9	224	8	281	10	9	8	9	
75 und mehr	359	6	102	4	257	9	7	4	9	
Insgesamt	5 619	100	2 725	100	2 894	100	100	100	100	
Durchschnittsalter in Jahren										
	39,6		38,0		41,1		40,0	38,3	41,6	

Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr



Wahlen

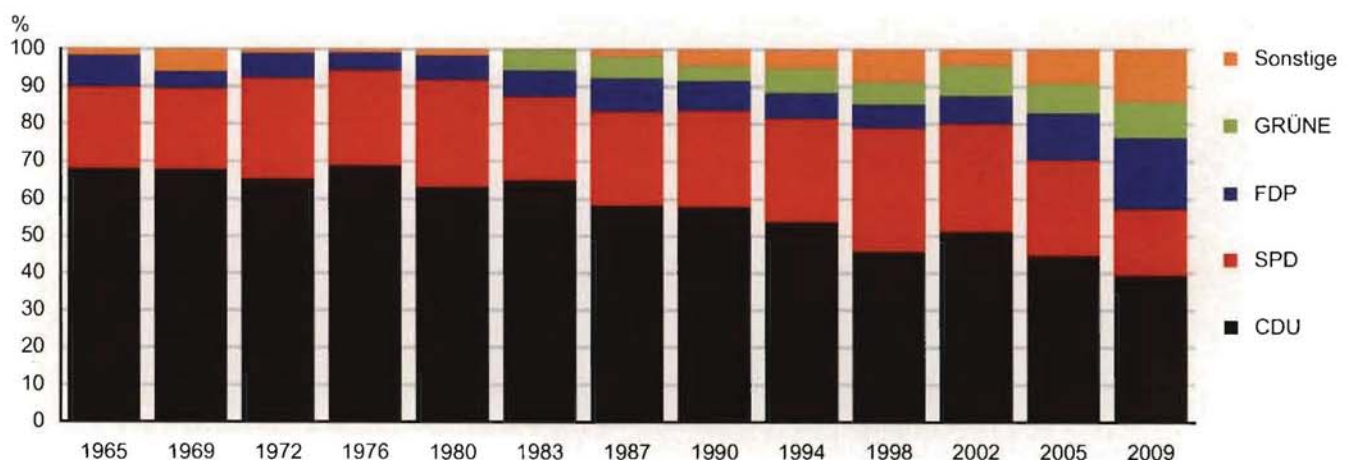
Einen sehr wichtigen Teil der Landesgeschichte und der politischen Kultur Baden-Württembergs stellen die verschiedenen Parlamentswahlen dar. Zwar gibt es durchaus regionale Unterschiede in den Wahlergebnissen im deutschen Südwesten. Jedoch erwies sich seit Bestehen des Landes die CDU sowohl bei Landtagswahlen als auch bei Bundestagswahlen und Europawahlen als stärkste Partei Baden-Württembergs. Zuletzt fanden im Jahr 2009 die Wahlen zum 17. Deutschen Bundestag statt. Die CDU lag hierbei mit einem Zweitstimmenanteil von 34,4 % erneut an erster Stelle, verlor jedoch gegenüber der Bundestagswahl 2005 4,8 Prozentpunkte. Die SPD kam auf 19,3 % der gültigen Zweitstimmen und musste damit ihr bislang niedrigstes Wahlergebnis bei einer Bundestagswahl im Land hinnehmen. Die FDP erreichte mit 18,8 % dagegen ihr mit Abstand bestes Wahlergebnis bei allen bisherigen Bundestagswahlen, ebenso wie die GRÜNEN mit 13,9 % der landesweit gültigen Zweitstimmen. Die LINKE kam auf 7,2 %.

Das Interesse der Baden-Württemberger an den Bundestagswahlen ist höher als das an anderen Wahlen. Die Wahlbeteiligung ging aber auch hier auf zuletzt 72,4 % weiter zurück. Nach den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik sind unter den Wahlberechtigten immer mehr Ältere – der Anteil der 60-Jährigen und Älteren war 2009 mit knapp 33 % nahezu doppelt so hoch wie der der unter 30-jährigen Wahlberechtigten (16,9 %).

Wahlergebnisse

Wahl	Briefwahl ¹⁾	Wahl- berechtigte	Wähler	Wahl- beteiligung	Stimmenanteile ²⁾				
					CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
					% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte				
Landtagswahl 2006	mit	4 045	2 171	53,7	52,9	20,3	7,7	11,3	7,7
Landtagswahl 2001	mit	4 020	2 495	62,1	54,2	29,3	4,0	6,2	6,3
Veränderung		+ 25	- 324	- 8,4	- 1,3	- 9,0	+ 3,7	+ 5,1	+ 1,4
Bundestagswahl 2009	mit	4 125	2 984	72,3	39,5	17,5	9,7	19,7	13,6
Bundestagswahl 2005	mit	4 059	3 207	79,0	45,4	25,1	7,8	12,6	9,1
Veränderung		+ 66	- 223	- 6,7	- 5,9	- 7,6	+ 1,9	+ 7,1	+ 4,5
Europawahl 2009	mit	4 146	2 288	55,2	46,1	15,0	10,4	14,8	13,7
Europawahl 2004	mit	4 039	2 350	58,2	56,6	16,2	9,9	5,2	12,2
Veränderung		+ 107	- 62	- 3,0	- 10,5	- 1,2	+ 0,5	+ 9,6	+ 1,5

Stimmenanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen



Wohnen

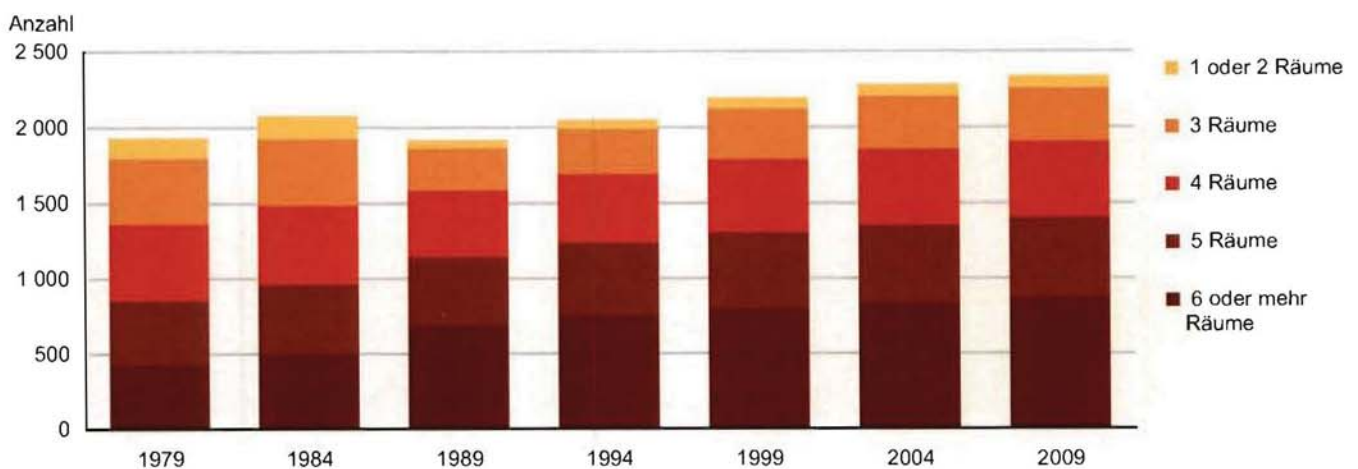
Trotz sinkender Bevölkerungszahl nahm im Jahr 2009 der Wohnungsbestand weiter zu. Die Tendenz zu kleineren Haushalten und nicht zuletzt die Verbesserung der Wohnverhältnisse führten zu einem Bestand von 2,32 Mill. Wohngebäuden und 4,98 Mill. Wohnungen in Baden-Württemberg. Durchschnittlich 92,1 m² umfasste dabei die Fläche einer Wohnung. Rein rechnerisch teilten sich 216 Einwohner 100 Wohnungen. Damit standen jedem Baden-Württemberger Ende 2009 42,7 m² Wohnfläche zur Verfügung. Zehn Jahre zuvor waren es noch 39,9 m². Die Zahl der Errichtung neuer Wohngebäude und Wohnungen ist seit Mitte der 90er-Jahre rückläufig und erreichte 2009 mit rund 12 000 fertig gestellten Wohngebäuden einen neuen Tiefstand.

Ende 2009 gab es landesweit rund 58 % Einfamilienhäuser, 24 % Zweifamilienhäuser und gut 17 % Mehrfamilienhäuser. In der Regel ist der Anteil an Einfamilienhäusern in den eher ländlich strukturierten Bereichen des Landes höher als in verdichteten Gebieten, was nicht zuletzt auch auf die unterschiedlichen Baulandpreise zurückzuführen ist. Am höchsten ist der Anteil in den Gemeinden Guggenhausen (Landkreis Ravensburg) und Grundsheim (Alb-Donau-Kreis) mit jeweils 91 %, am niedrigsten in der Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis) mit 27 %, gefolgt von der Landeshauptstadt Stuttgart mit knapp 31 %.

Wohngebäude und Wohnungen

Jahr	Wohngebäude insgesamt	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt ¹⁾	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einwohner
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1991	1 350	913	68	364	27	73	5	1 955	273	38
1993	1 383	928	67	377	27	78	6	2 019	276	37
1995	1 426	945	66	392	27	89	6	2 117	265	39
1997	1 449	956	66	401	28	92	6	2 156	260	40
1999	1 465	962	66	406	28	97	7	2 193	256	41
2001	1 479	967	65	411	28	101	7	2 227	258	41
2003	1 500	975	65	422	28	103	7	2 265	253	41
2005	1 523	990	65	429	28	104	7	2 298	250	42
2007	1 543	1 007	65	431	28	105	7	2 321	244	43
2009	1 552	1 013	65	432	28	107	7	2 335	244	43

Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl



Bildung

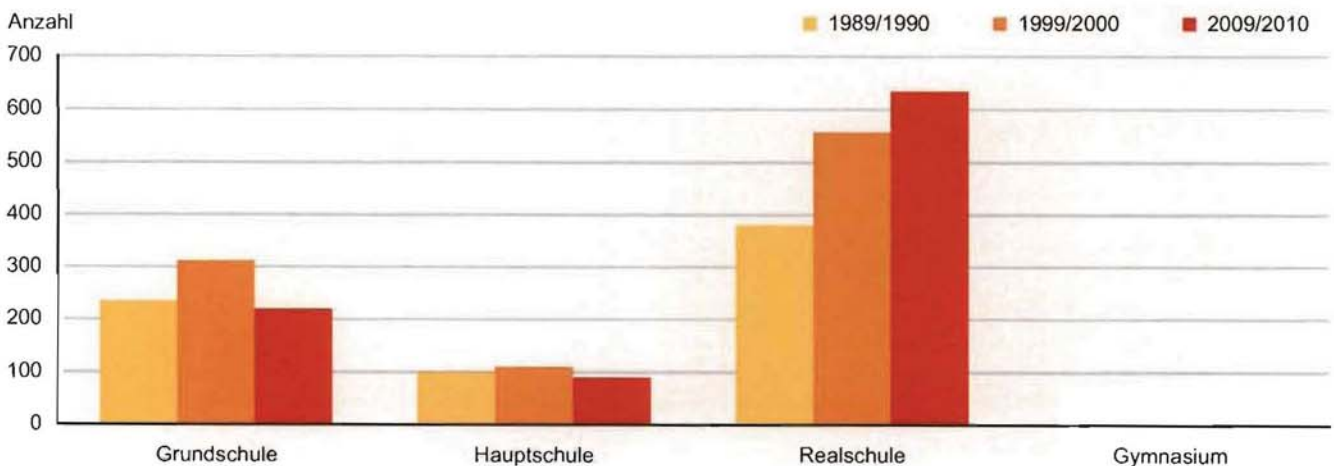
Baden-Württemberg besitzt ein nahezu flächendeckendes Angebot an öffentlichen Grund-, Werkreal-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien. Darüber hinaus gibt es zur Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler ein differenziertes Sonderschulwesen. In einigen dieser sonderpädagogischen Bildungsgänge können auch die Abschlüsse der allgemeinen Schulen erworben werden. Nach einem Rückgang der Schülerzahlen in den 80er-Jahren war seit den 90er-Jahren im Land wieder ein Anstieg zu beobachten. Im Schuljahr 2003/04 wurde mit gut 1,3 Mill. Schülerinnen und Schülern an den allgemeinbildenden Schulen ein Maximum erreicht. Seitdem hat sich die Schülerzahl auf knapp 1,23 Mill. im Schuljahr 2009/10 verringert. Bis 2020 dürfte die Zahl weiter auf weniger als eine Million absinken. Schon 2009 wurden weniger Kinder eingeschult als in den Jahren zuvor, was sich in einigen Jahren auf die weiterführenden Schulen auswirken wird. Auf der anderen Seite werden stärkere Jahrgänge aus dem Schulsystem herauswachsen.

Gut 4 200 allgemeinbildende Schulen gab es im Schuljahr 2009/10 in Baden-Württemberg, einschließlich der Abendgymnasien, Abendrealschulen und Kollegs. Dabei können auch mehrere Schularten unter einem Dach untergebracht sein. 436 und damit gut jede zehnte Schule stand unter privater Trägerschaft. Darunter waren 56 Freie Waldorfschulen.

Allgemeinbildende Schulen Schuljahr 2009/2010

Schularten	Öffentliche und private Schulen insgesamt ¹⁾	Schüler an öffentlichen und privaten Schulen insgesamt	Darunter öffentliche Schulen					
			Schüler zusammen	und zwar		Schüler je Klasse ²⁾	Zum Vergleich: Schuljahr 1999/2000	
				weiblich	ausländisch		Schüler zusammen	Schüler je Klasse ²⁾
Anzahl	Anzahl			Anzahl				
Grundschulen	2	219	219	56	6	18	311	21
Hauptschulen	1	90	90	54	36	15	110	22
Sonderschulen	-	-	-	.	.	-	-	-
Realschulen	1	634	634	50	5	28	557	28
Gymnasien	-	-	-	.	.	-	-	-
Freie Waldorfschulen	-
Andere Schularten ³⁾	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4	943	943	.	.	X	978	X

Entwicklung der Schülerzahlen an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen



Beschäftigung und Arbeitsmarkt

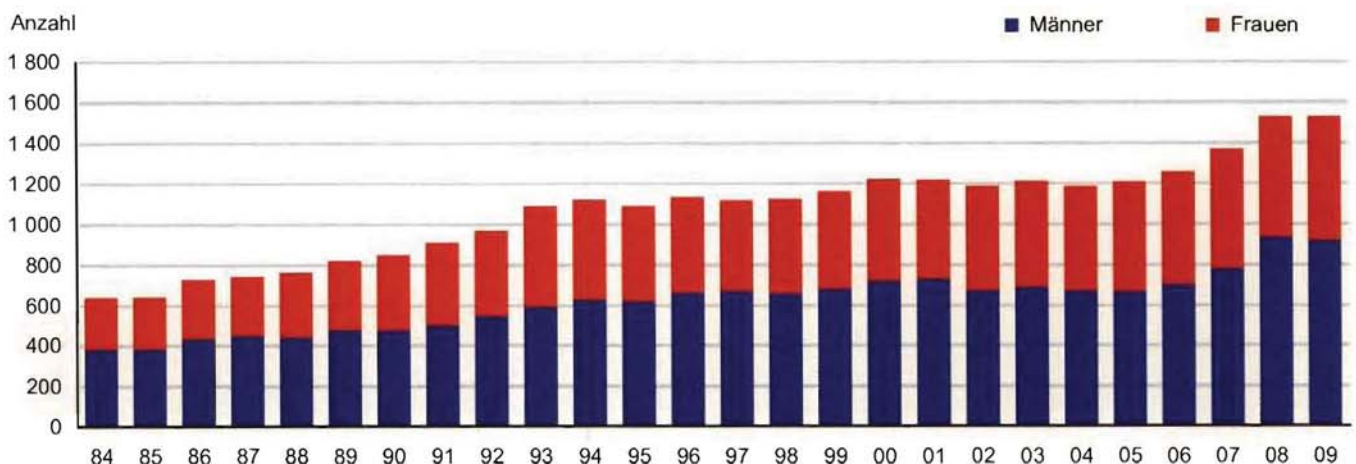
Zur Jahresmitte 2009 waren im Land rund 3,85 Mill. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dies sind knapp 1 % und damit rund 36 700 weniger als ein Jahr zuvor. Die Vollzeitbeschäftigung verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,8 %, während die Teilzeitbeschäftigung dagegen um 3,3 % auf rund 694 000 Personen zunahm. Mit 18 % an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt wurde damit ein neuer Höchststand erreicht. Vom Rückgang der Beschäftigtenzahlen war 2009 insbesondere das Produzierende Gewerbe betroffen. Um 36 200 Personen bzw. 2,3 % ging hier die Zahl der Beschäftigten zurück. Im Dienstleistungsbereich waren mit zuletzt 2,35 Mill. fast genauso viele Personen wie im Vorjahr tätig. Der Rückgang der Beschäftigten insgesamt betraf mehr Männer als Frauen, da Männer häufiger in Vollzeit arbeiten und im Produzierenden Gewerbe tätig sind.

Aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise stieg die Zahl der Arbeitslosen 2009 in Baden-Württemberg an. Im Jahreschnitt waren knapp 285 000 Personen ohne Arbeit und damit 24 % mehr gegenüber dem Vorjahr. Allein die Zahl der unter 25-Jährigen, die etwa ein Zehntel der Arbeitslosen darstellen, nahm um 42 % gegenüber dem Vorjahr zu. Die Zahl der 55-jährigen und älteren Arbeitslosen nahm um 31 % auf 42 700 zu. Seit Mai des Jahres 2010 hat sich die Arbeitsmarktlage wieder gebessert.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, sowie Arbeitslose*)

Jahr (30.6.)	Beschäftigte		Und zwar ¹⁾				Arbeits- lose insgesamt	Und zwar		
	ins- gesamt	je 1 000 Ein- wohner	Frauen	Produ- zierendes Gewerbe	Handel, Gast- gewerbe, Verkehr	Sonstige Dienst- leistungen		Frauen	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter
	Anzahl		%					Anzahl	%	
1985	645	132	41	43	21	36
1990	851	166	44	44	23	33
1995	1 092	198	43	38	20	43
2000	1 222	217	41	39	18	42	156	53	10	24
2005	1 208	210	44	45	14	40	234	51	12	11
2006	1 258	219	44	44	14	42	222	55	10	13
2007	1 369	240	43	45	15	40	140	58	12	14
2008	1 530	269	39	50	14	36	122	53	13	13
2009	1 530	269	40	48	16	35	146	53	12	16

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht



Landwirtschaft

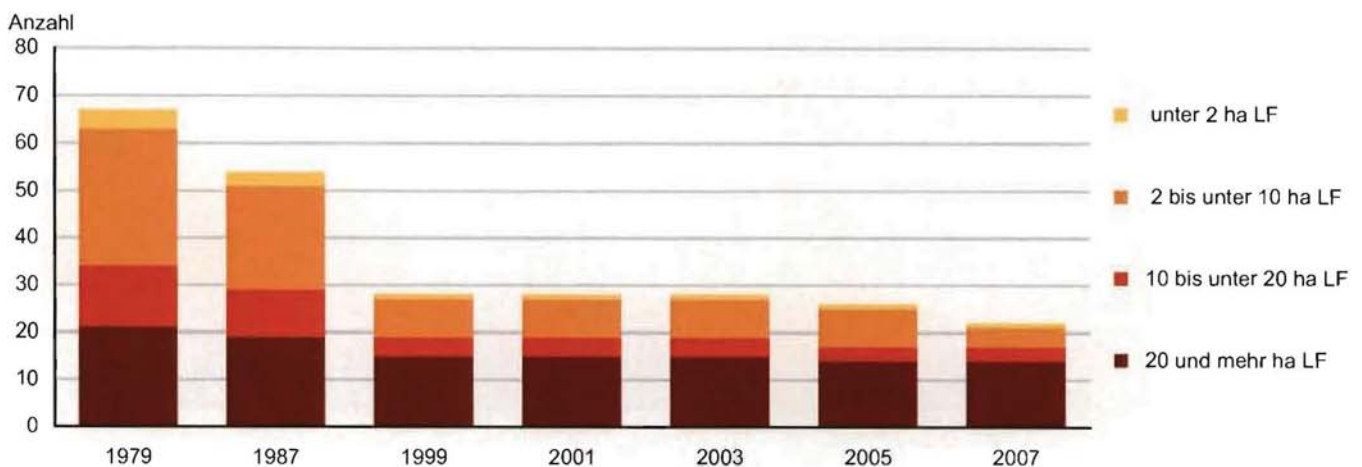
Die tief greifenden Strukturveränderungen in der Landwirtschaft führten in den vergangenen Jahrzehnten auf der einen Seite zu einem deutlichen und steten Rückgang der Zahl der Betriebe. Auf der anderen Seite stieg die durchschnittliche Betriebsgröße. 2007 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 57 049 Betriebe gezählt. 17 Jahre zuvor war deren Zahl im Land noch doppelt so hoch. Die Betriebsgröße betrug zu Beginn der 90er-Jahre noch 12,5 ha je Betrieb. Zuletzt ist diese Größe auf 25,2 ha gestiegen. Der Strukturwandel ist Ausdruck eines Anpassungsprozesses vor dem Hintergrund technischer Fortschritte und sich verändernder wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, eingebettet in eine europäische Agrarpolitik.

Landesweit wurde im Jahr 2007 eine Fläche von knapp 1,4 Mill. ha landwirtschaftlich genutzt, davon 58 % als Ackerland und 38 % als Dauergrünland. Etwa 3 % der Fläche entfielen auf Dauerkulturen, beispielsweise Rebland oder Obstbauflächen. Die Agrarlandschaft in Baden-Württemberg ist von großen naturräumlichen Unterschieden geprägt, was sich in den zahlreichen Betriebsformen, Produktionsverfahren und auch Sonderkulturen wie zum Beispiel Tabak, Hopfen oder Spargel widerspiegelt. Derzeit werden die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 ausgewertet, aktuelle Ergebnisse auf regionaler Ebene werden voraussichtlich ab Mitte 2011 zur Verfügung stehen.

Landwirtschaft*)

Jahr ¹⁾	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Darunter		Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Darunter			Durchschnittliche Betriebsgröße	Viehhaltung			
		Haupterwerbsbetriebe	Anzahl		Ackerland	Dauergrünland	Dauerkulturen		Rinder		Schweine	
									insgesamt	je Halter	insgesamt	je Halter
ha	%			ha								
1983	58	22	1 113	87	12	.	19	675	29	1 159	34	
1987	54	19	1 113	88	12	-	21	733	33	1 208	43	
1995	29	11	1 108	89	11	-	38	483	44	1 255	105	
1999	28	5	1 114	90	10	-	40	270	30	1 539	171	
2001	28	.	1 110	90	10	-	40	272	30	1 372	229	
2003	28	8	1 098	90	10	-	39	266	38	1 515	216	
2005	26	.	1 099	90	10	.	42	
2007	22	6	1 097	90	10	.	50	240	40	1 820	364	

Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur



Gemeindefinanzen und Personal

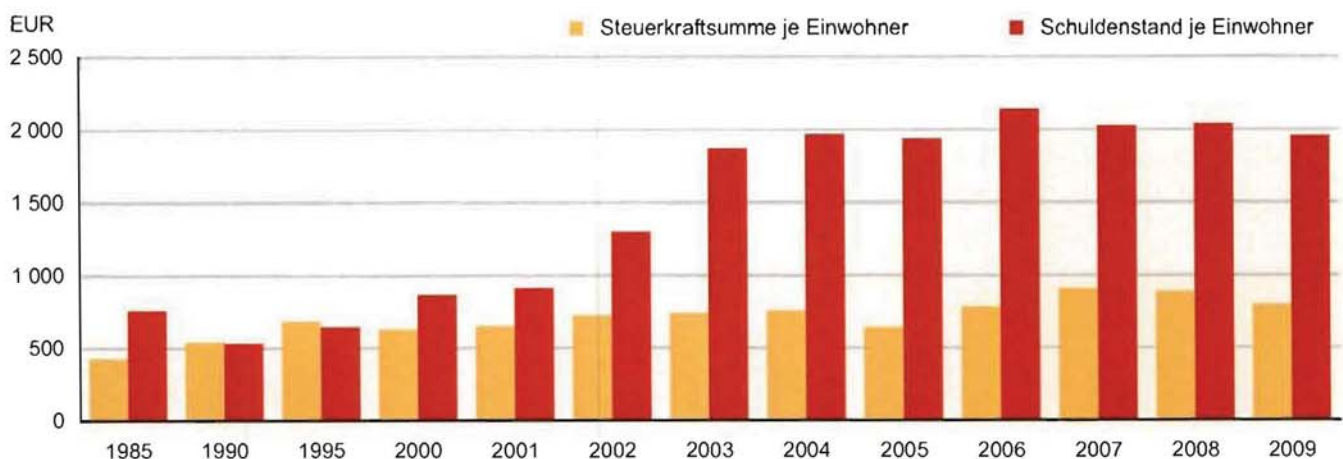
In den Jahren vor 2009 hatten sich die Rahmenbedingungen für die Gemeinden aufgrund der günstigen Wirtschaftsentwicklung im Land deutlich verbessert. Hohe Zuwächse bei der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer standen moderaten Zunahmen bei den Ausgaben gegenüber. Die weltweit angespannte wirtschaftliche Situation im Jahr 2009 hinterließ allerdings auch bei den Gemeindefinanzen im Südwesten ihre Spuren: Die Einnahmen insgesamt lagen mit 21 Mrd. Euro um 1,6 Mrd. unter dem Niveau des Vorjahres (- 7,2 %). Mit einem Rückgang von nahezu 25 % brachen darunter insbesondere die Einnahmen aus der Gewerbesteuer ein. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ging um 11,7 % zurück. Die Ausgaben der Gemeinden im Land stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 11 % auf rund 24 Mrd. Euro.

Die kommunalen Schulden am Kreditmarkt, das heißt die der Kernhaushalte und der Eigenbetriebe, nahmen 2009 gegenüber dem Vorjahr um 2,1 % auf 9,5 Mrd. Euro zu. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag damit landesweit bei rund 883 Euro. 114 der 1 102 Gemeinden Baden-Württembergs hatten Ende 2009 keine Schulden am Kreditmarkt. Bei zeitlichen und interkommunalen Vergleichen ist jedoch zu bedenken, dass in den letzten Jahren verstärkt wirtschaftliche Aktivitäten der Gemeinden in formal privatisierte aber noch durch die Gemeinde kontrollierte Betriebe überführt wurden.

Gemeindefinanzen*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftmesszahl		Steuerkraftsumme		Schuldenstand ¹⁾		Personalstand	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit- äquivalente
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1980	917	191	1 620	338	3 031	630	52	.
1985	1 352	275	2 093	426	3 729	761	48	.
1990	1 671	330	2 726	539	2 729	531	54	.
1995	2 740	496	3 793	687	3 574	647	77	.
2000	2 536	453	3 519	628	4 919	872	68	56
2005	2 943	512	3 692	642	11 131	1 939	60	52
2006	3 886	677	4 499	784	12 262	2 138	56	48
2007	4 422	771	5 212	909	11 552	2 027	57	49
2008	4 627	812	5 062	888	11 618	2 040	57	49
2009	4 315	758	4 558	800	11 164	1 959	58	49

Steuerkraftsumme und Schuldenstand



Wasserwirtschaft

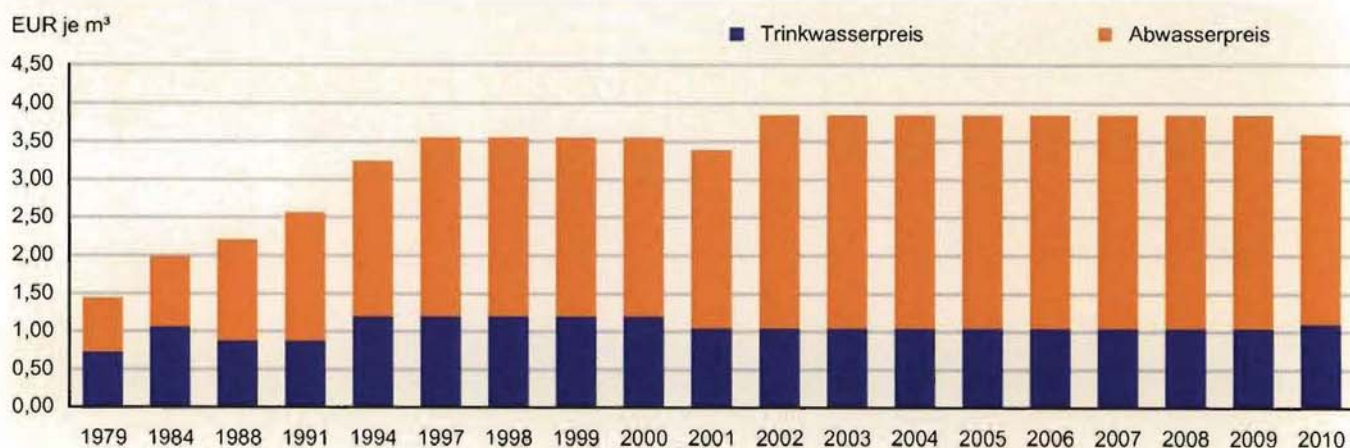
In Baden-Württemberg wurden 2007 insgesamt rund 5,0 Mrd. m³ Wasser für die Nutzung als Trink- und Brauchwasser für Bewässerungs- und Kühlzwecke bzw. als Produktionswasser benötigt. Nach den Ergebnissen der dreijährlich durchgeführten Erhebungen zur Wasserwirtschaft wurden davon 658 Mill. m³ (13 %) durch die öffentliche Wasserversorgung gewonnen, zumeist als Grund- oder Quellwasser (71 %). Die Trinkwasserabgabe an Letztverbraucher betrug 2007 rund 567 Mill. m³. Der durchschnittliche tägliche Wasserverbrauch von Haushalten und Kleingewerbe ging landesweit noch mal deutlich auf 116 Liter je Einwohner zurück, 1975 lag der Pro-Kopf-Verbrauch noch bei 156 Liter. Höhere Preise, aber auch ein gestärktes Umweltbewusstsein, haben das Verbraucherverhalten verändert. Ebenfalls eine Rolle spielt die Entwicklung von Wasser sparenden Technologien.

Der durchschnittliche Kubikmeterpreis für Trink- und Abwasser lag zum 01. Januar 2010 bei 4,16 Euro. Davon entfallen 1,91 Euro auf den Kubikmeter Trinkwasser und 2,25 Euro auf den Kubikmeter Abwasser. Insgesamt 29 der 1 102 Gemeinden in Baden-Württemberg erheben ausschließlich eine gesplittete Abwassergebühr. Die Gebühr für die Entsorgung und Behandlung von Abwasser beträgt dabei durchschnittlich 1,57 Euro je m³ Schmutzwasser und 0,62 Euro je m² Niederschlagswasser.

Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise

Jahr	Wassergewinnung insgesamt	Leitungsverluste ¹⁾	Wasserabgabe an Letztverbraucher			Trinkwasserpreis	Abwasserpreis	Gesamtpreis ²⁾	
			insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe	täglicher Pro-Kopf-Verbrauch				
									1 000 m ³
							EUR je m ³ ³⁾		
1979	392	130	227	194	85	111	0,72	0,72	1,43
1987	559	218	334	201	60	110	0,82	0,92	1,74
1991	522	153	410	236	58	122	0,87	1,69	2,56
1995	529	156	588	273	46	134	1,20	2,35	3,55
1998	426	103	689	259	38	126	1,20	2,35	3,55
2001	527	205	728	266	37	127	1,04	2,35	3,39
2004	631	192	822	265	32	127	1,04	2,81	3,85
2007	412	31	680	266	39	129	1,04	2,81	3,85
2009	1,04	2,81	3,85

Kubikmeterpreise für Trink- und Abwasser*)



Verkehr

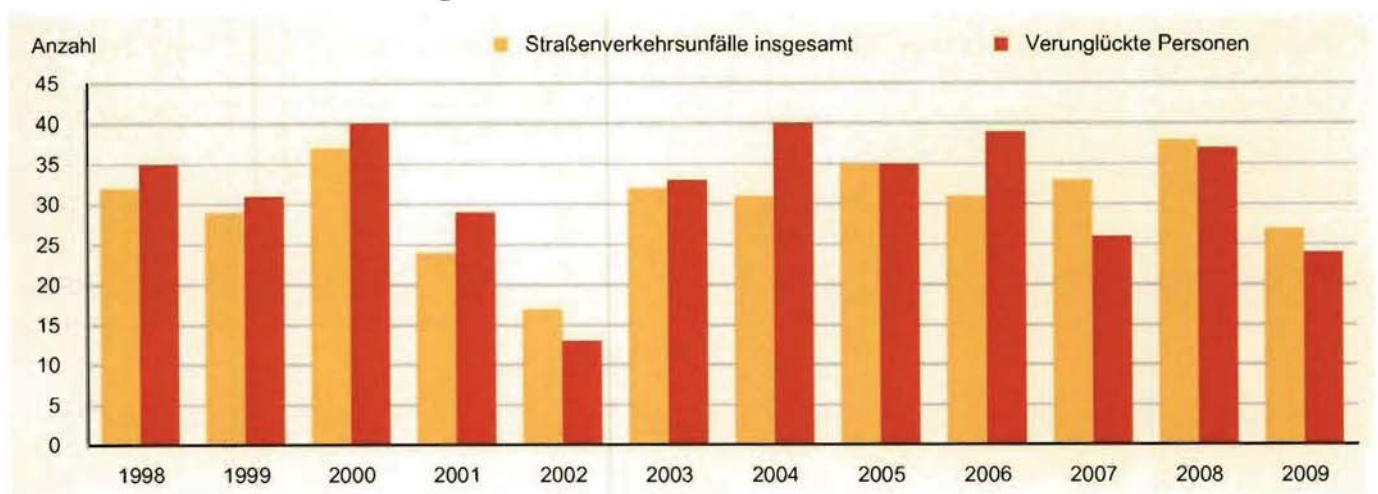
Knapp 6,9 Mill. Kraftfahrzeuge (Kfz) waren 2009 in Baden-Württemberg zugelassen. Seit 2008 werden die Fahrzeuge mit einer vorübergehenden Stilllegung bzw. Außerbetriebsetzung nicht mehr aufgeführt, was kurz zu einem methodisch bedingten Rückgang führte. Dennoch war der Kfz-Bestand vor mehr als 30 Jahren nur halb so hoch wie heute. Rund 82 % des Bestands nahmen die Personenkraftwagen (Pkw) ein, deren Zahl sich 2009 bei knapp 5,7 Mill. bewegte. Damit kamen rein rechnerisch auf 1 000 Baden-Württemberger 527 Pkw. Urban geprägte Gebiete mit einer hohen Bevölkerungsdichte verfügen zumeist über eine gut ausgebaute Infrastruktur hinsichtlich des Personennahverkehrs. In ländlicheren Gebieten ist die Pkw-Dichte demzufolge höher. Ebenfalls eine Rolle spielen gewerblich zugelassene Fahrzeuge von größeren Unternehmen. Die geringste Pkw-Dichte mit 368 Pkw je 1 000 Einwohner weist Schwarzach auf (Neckar-Odenwald-Kreis). Direkt danach folgen die Universitätsstädte Freiburg im Breisgau und Heidelberg mit 369 bzw. 373 Pkw je 1 000 Einwohner.

Mit rund 47 000 verunglückten Personen bei Straßenverkehrsunfällen wurde 2009 ein neuer Tiefstand in Baden-Württemberg erreicht. Das trifft auch auf die Zahl der bei Unfällen Getöteten zu. Insgesamt ging die Gesamtzahl der Unfälle mit Personen- bzw. schwerem Sachschaden um knapp 5 % auf 51 800 zurück.

Kraftfahrzeuge*) und Straßenverkehrsunfälle

Jahr ¹⁾	Kraftfahrzeugbestand			Pkw je 1 000 Einw.	Straßenverkehrsunfälle ²⁾		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter mit Personenschaden		Getötete	Schwerverletzte
		Pkw	Krafräder ³⁾						
Anzahl									
1991	3 209	2 768	130	522	39	20	29	3	10
1995	3 634	3 120	165	565	26	17	30	2	12
1999	3 731	3 117	236	556	29	19	31	3	11
2003	3 986	3 275	280	576	32	19	33	–	6
2004	4 022	3 277	309	572	31	24	40	–	1
2005	4 105	3 344	323	582	35	25	35	–	6
2006	4 201	3 451	338	602	31	20	39	2	8
2007	4 293	3 520	354	619	33	21	26	1	6
2008	3 781	3 094	303	547	38	27	37	–	11
2009	3 868	3 160	315	553	27	18	24	1	2

Straßenverkehrsunfälle und verunglückte Personen



Fußnoten

Gemeindedaten im Überblick und Vergleich

- 1) Siehe unter Wohnen, Fußnote 1).
- 2) Im Schuljahr 2009/10. Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 3) Siehe unter Beschäftigte und Arbeitsmarkt, Fußnote*).
- 4) Siehe unter Verkehr, Fußnote 2).

Bevölkerung

- *) Bis 1987 Volkszählungsergebnisse; von 1990 bis 2009 Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31. Dezember des Jahres.

Wahlen

- 1) Bei Gemeinden ohne eigene Briefwahl: für die jeweilige Wahl ist hier das Ergebnis ohne Briefwähler nachgewiesen. Die Wahlbeteiligung ist in diesen Fällen wie folgt errechnet: Verhältnis der Wähler ohne Wahlschein zu den Wahlberechtigten ohne Wahlschein.
- 2) Bei Bundestagswahlen – Zweitstimmenanteil.

Wohnen

- 1) Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden.

Bildung

- 1) Öffentliche und private allgemeinbildende Schulen. Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen. Stand: Schuljahr 2009/10.
- 2) Bei Gymnasien: 5. bis 11. Klassenstufe.
- 3) Andere Schularten: Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.

Beschäftigte und Arbeitsmarkt

- *) Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Stichtag jeweils der 30.06 des Jahres. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort. Eventuelle Einbrüche der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 1984 sind auf den Metallarbeiterstreik zurückzuführen. Arbeitslose Jahresdurchschnitte.

1) Wirtschaftssystematik:

- bis zum Stichtag 30.06.1998 Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesagentur für Arbeit
- Ausgabe 1983 (WS73)
- Stichtag 30.09.1998 bis 31.03.2003 Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 1993)
- Stichtag 30.06.2003 bis 31.12.2007 Klassifikation der

Wirtschaftszweige Ausgabe 2003 (WZ 2003)

- seit 31.03. 2008 Klassifikation der Wirtschaftszweige Ausgabe 2008, WZ 2008

Durch die Umstellung auf die verschiedenen Wirtschaftssystematiken sind Daten einzelner Wirtschaftszweige auch bei gleichlautenden Bezeichnungen nur bedingt vergleichbar und es können Brüche in der Zeitreihe auftreten.

Landwirtschaft

- *) Ergebnisse der allgemeinen Bodennutzungshaupterhebung; Betrieblicher Flächennachweis.
- 1) Durch Anhebung der Erfassungsgrenze sowie methodische Veränderungen sind die Angaben ab 1999 mit denen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar.

Öffentliche Finanzen und Personal

- *) Bis 2001: in Euro umgerechnete DM-Werte. Einwohner: Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 30.06. des Jahres.

- 1) Schuldenstand: Kreditmarktschulden der Kernhaushalte und Eigenbetriebe jeweils zum 31.12. des Jahres ohne Schulden der rechtlich selbstständigen kommunalen Einrichtungen und Unternehmen.

Wasserwirtschaft

- *) Wenn keine Gesamtabwassergebühr nachgewiesen wird, handelt es sich um eine Gemeinde, die gesplittete Abwassergebühren erhebt (für Niederschlagswasser und Schmutzwasser).

- 1) Leitungsverluste einschließlich Wasserwerkseigenverbrauch.
- 2) Enthalten sind nur die Kubikmetergebühren
- 3) Stichtag ist jeweils der 1. Januar; Preise bis 2001: DM in Euro umgerechnet.

Verkehr

- *) Datenquelle: Kraftfahrtbundesamt.
- 1) Erhebungsmonat bis 2000: 01. Juli des Jahres; ab 2001: 01. Januar des Jahres. Ab 2006: Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 1999/37/EG werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung (Wohnmobile, Krankenwagen, Bestattungswagen und Beschussgeschützte Fahrzeuge) zu den Personenkraftwagen gezählt. Ab 2008: Nur noch angemeldete Fahrzeuge OHNE vorübergehende Stilllegungen/Außerbetriebsetzungen.
 - 2) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegender Unfall mit Sachschaden.
 - 3) Krafträder einschließlich Leichtkrafträder.

Erläuterungen und Definitionen

Beschäftigte, sozialversicherungspflichtige

Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile nach dem Recht der Arbeitsförderung zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung zum Stichtag 1. April 1999 in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gelangt sind, werden dabei nicht nachgewiesen. Generell werden Beschäftigtendaten am Arbeitsort oder am Wohnort dargestellt. Die Daten in dieser Veröffentlichung enthalten die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort (Arbeitsplätze).

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit Familienangehörigen.

Fläche nach Art der tatsächlichen Nutzung

Die gegliederte Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung erfolgte in Abständen von vier Jahren, seit 2009 wird sie jährlich durchgeführt. Zugrunde gelegt werden die Daten der Liegenschaftskataster der Vermessungsämter. Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst neben den bebauten und versiegelten Flächen ebenfalls nicht bebaute unversiegelte Flächen. Diese Fläche wird seit 2001 jährlich erhoben. Sie setzt sich aus folgenden Flächen zusammen: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauland (z.B. Kiesgruben), Erholungsfläche, Verkehrsfläche sowie der Friedhofsfläche.

Haupterwerbsbetriebe

Bis zum Jahr 1995 entschied allein das Verhältnis von betrieblichem zu außerbetrieblichem Einkommen die Einstufung eines Betriebes als Haupt- bzw. Nebenerwerbsbetrieb. Betriebe ohne außerbetriebliches Einkommen des Betriebsinhabers und seines Ehegatten sowie Betriebe mit außerbetrieblichem Einkommen, in denen

das betriebliche Einkommen größer ist als das außerbetriebliche Einkommen, zählten zu den Haupterwerbsbetrieben. Seit 1997 bilden die Arbeitsleistung (ausgedrückt in Arbeitskraft-Einheiten) je Betrieb und das Verhältnis von betrieblichem zu außerbetrieblichem Einkommen die Grundlage für die Zuordnung zu den sozialökonomischen Betriebstypen. Danach gelten als Haupterwerbsbetriebe solche Betriebe, in denen

- das betriebliche Arbeitsvolumen, berechnet in Arbeitskraft-Einheiten, 1,5 AK-E und mehr beträgt,
- das betriebliche Arbeitsvolumen mindestens 0,75 und weniger als 1,5 AK-E beträgt und bei denen der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes 50 % und mehr beträgt bzw. kein außerbetriebliches Einkommen vorliegt.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

Zur landwirtschaftlich genutzten Fläche zählen alle Flächen, die als Ackerland (einschließlich Erwerbsgartenbau), Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Obstanlagen, Baumschulen, Rebland, Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes genutzt werden, einschließlich der stillgelegten sowie vorübergehend aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenen Flächen.

Letztverbraucher

im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe und öffentliche Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Bäder, Feuerwehr, öffentliche Grünanlagen und Schulen), mit denen der Wasserversorger das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Wasserversorgungsunternehmen an Mitgliedsgemeinden ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung, sofern die Mitgliedsgemeinden die Wasserabrechnung mit den Letztverbrauchern selbst vornehmen.

Pendler/Pendlersaldo

Als Pendler werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bezeichnet, deren betrieblicher Arbeitsplatz nicht mit der Wohnsitzgemeinde übereinstimmt. Nach der Richtung der Pendlerwanderung wird zwischen Auspendlern und Einpendlern unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahren, gelten als Auspendler. Betrachte man dieselben Pendler dagegen von den Zielgemeinden her, in denen die Arbeitsstätten liegen, so spricht man von Einpendlern.

In der Statistik werden die Pendlerströme nach dem Überschreiten der regionalen Gebietsgrenzen unterschieden. So wird getrennt nach Pendlern über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen. Dabei werden die Pendler innerhalb dieser Grenzen nicht als Pendler ausgewiesen.

Steuerkraftmesszahl

Die Steuerkraftmesszahl ist eine Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend. Legaldefinition in § 6 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres. Legaldefinition in § 38 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Straßenverkehrsunfälle

Von der Polizei erfasste Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Als Beteiligte an einem Unfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst – oder deren Fahrzeuge – Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten. Verunglückte werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind und als Schwerverletzte, wenn sie stationär in einem Krankenhaus (mindestens 24 Stunden) behandelt wurden. Andere Verunglückte gelten als leicht verletzt.

Vollzeitäquivalente

Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang

der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrstunden. Die VZÄ stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mithilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich. In den Jahren zuvor wurden sie näherungsweise über die Formel $VZÄ = \text{Vollzeit} + 0,75 \text{ T1-Beschäftigte} + 0,4 \text{ T2-Beschäftigte}$ berechnet, was tendenziell zu einer leichten Überschätzung der Anzahl führte.

Wassergewinnung

Die Wassergewinnung umfasst die gesamte Wassermenge, die von den verschiedenen Wirtschaftsbereichen für unterschiedliche Nutzungen beispielsweise als Trinkwasser, Kühlwasser, Wasser zur Bewässerung oder zur Nutzung als Produktionswasser aus Gewässern (Oberflächengewässer, Grundwasser, Quellen) entnommen wird.

Wohngebäude und Nichtwohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Ferien-, Sommer- und Wochenendhäuser rechnen ebenfalls dazu. Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke (gemessen an der Gesamtnutzfläche) bestimmt sind, z.B. gewerbliche Betriebs- und Bürogebäude, Hochbauten der öffentlichen Hand.

Wohnräume

Zu den Wohnräumen zählen alle Zimmer (Wohn- und Schlafräume mit sechs und mehr Quadratmeter Wohnfläche) und Küchen. Nicht als Zimmer gelten Nebenräume wie Abstellräume, Speisekammern, Flure, Badezimmer und Toiletten.



So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641- 0 Zentrale
Telefax 0711/641- 24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst
Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen
und historischen Statistiken für
Baden-Württemberg, seine Regionen,
Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641- 28 33, Telefax - 29 73

Bibliothek
Die Präsenzbibliothek für alle
Telefon 0711/641- 28 76, Telefax - 29 73

Pressestelle
Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich
zu allen aktuellen Themen
Telefon 0711/641- 24 51, Telefax - 29 40

Vertrieb
Bestellung von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641- 28 66, Telefax - 13 40 62

Kontaktzeiten
Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de